



Datum: 22.01.2018 **Mediengattung:** Print
Seite: 16 **Ressort:** Wirtschaft
Auflage: 272.424 **Land:** Deutschland

Europlatz Frankfurt

Deutschland auf Kurs halten

Von Michael Heise

Deutschland hat wirtschaftlich gute Jahre hinter sich. Ob wir auf der Erfolgsspur bleiben, hängt entscheidend von der Wirtschaftspolitik unserer nächsten Regierung ab. Bei Koalitionsregierungen ist die Gefahr allerdings immer groß, dass sich die Parteien zu Lasten der Steuer- und Beitragszahler einigen, um ihre jeweiligen Wahlkampfversprechen einzulösen und somit das Mitregieren ihren Wählern und Mitgliedern schmackhaft zu machen.

So endeten auch die jüngsten Sondierungen mit der Einigung auf kräftige Mehrausgaben. Entlastungen der Steuerzahler und der Beitragspflichtigen spielen dagegen keine große Rolle. Sicher, der Solidaritätszuschlag wird über vier Jahre für den Großteil der Bevölkerung abgeschafft, und der Kinderfreibetrag wird leicht erhöht. Aber angesichts einer rekordhohen Steuerquote von 24 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind das nur Minischritte. Es bleibt dabei, dass Lohnsteigerungen, auch wenn sie nur die Inflation von inzwischen wieder 2 Prozent ausgleichen, die Steuerlast erhöhen (kalte Progression). Und es bleibt dabei, dass Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 55 000 Euro bereits zu Spitzenverdienern erklärt werden, die den Höchstsatz der Einkommensteuer von 42 Prozent zu entrichten haben. Die rund 20 Prozent Beitragsbelastung für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer werden ebenfalls nur marginal abgesenkt, da zusätzliche Ausgaben vor allem bei der Rente geplant sind.

Wer sich in Deutschland für eine Entlastung der Bürger starkmacht, wird schnell der Kritik ausgesetzt, er verhindere nötige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur oder Bildung. Das geht völlig an der Realität vorbei. Seit dem Jahre 2012,

dem ersten Jahr nach der Krise mit ausgeglichene Haushalt, sind die Gesamtausgaben des Staates – trotz großer Ersparnisse bei den Zinskosten – um enorme 215 Milliarden Euro gestiegen. Nur ein sehr geringer Teil davon floss in zusätzliche staatliche Investitionen (8 Milliarden Euro) oder Bildungsausgaben. Der kräftige Anstieg der Staatseinnahmen ist vor allem für Konsum und Umverteilung genutzt worden.

Eine Politik für langfristiges Wachstum sähe anders aus: klare Prioritäten für Investitionen und Bildung, auch im Bereich der Digitalisierung; deutliche Entlastungen bei unteren und mittleren Einkommen, um steigenden Lebenshaltungskosten entgegenzuwirken. Sie würde auch Antworten anbieten auf die Frage, wie der Standort Deutschland für reale Investitionen attraktiver wird, damit weniger Ersparnis ins Ausland fließt und so den gewaltigen Leistungsbilanzüberschuss finanziert.

Damit kämen wichtige Investitionsbedingungen in den Blick, wie Lohn- und Lohnnebenkosten, Einkommen- und Körperschaftsteuerbelastung, Energiekosten, die Verfügbarkeit von Fachkräften oder die Angemessenheit von Regulierungen und Verboten. Eine Politik, die gute Investitionsbedingungen schafft, ist die beste Grundlage für langfristiges Wachstum, mehr Wohlstand und stabile Sozialversicherungssysteme.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

